



Sophia Megrelishvili

ist Diplom-Politologin und seit 2019
in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung München tätig.

/// Und was jetzt?

Politische Handlungsempfehlungen

Aus der parlamentarischen Diskussionsreihe „Herausforderungen im Desinformationszeitalter“ der Hanns-Seidel-Stiftung bildete sich im Januar 2021 eine interdisziplinäre Expertengruppe, die gemeinsam ein konkretes Maßnahmenbündel gegen die Demokratiebedrohung im Zeichen des Q entwickelt hat. Alle Beteiligten sind sich einig: Nur mit einer gestärkten Zivilgesellschaft und in enger Verzahnung mit den staatlichen und politischen Institutionen kann die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie gestärkt werden. Politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen empfehlen die Autoren dieses Bandes daher folgende Maßnahmen:

Jüdisches Leben als Bereicherung unseres Landes wieder sichtbar machen

Jüdisches Leben hat unser Land in vielfacher Hinsicht bereichert und zu dem werden lassen, was es heute ist. Seit 1.700 Jahren ist es ein untrennbarer Teil dessen, was wir heute Deutschland nennen. Gerade deshalb gilt es, immer wieder an den Zivilisationsbruch der Shoah zu erinnern und den heute wieder unverfroren hervorbrechenden Antisemitismus auch auf allen politischen Ebenen zu bekämpfen – um jüdischem Leben in unseren Reihen eine Heimat zu bewahren und Antisemitismus als zentrale Bedrohung der Errungenschaften der Moderne und unserer Demokratie zu outen.

Antidemokratische und antisemitische Strömungen besser beobachten

QAnon verbreitet radikale antidemokratische und antisemitische Einstellungen. Es wird empfohlen, QAnon-Aktivitäten und personelle Vernetzungsstrukturen bis in den Rechtsextremismus hinein näher in den Blick zu nehmen. Es braucht ein systematisches, flächendeckendes Monitoring von Radikalisierungsentwicklungen in offenen und geschlossenen Räumen, um rechtzeitig einschreiten zu können. Dabei müssen stets jene digitalen Orte beobachtet werden, an denen sich das Problem manifestiert.

Hierzu benötigt man Kompetenzzentren, die Wissen aus Extremismusforschung und Techniksoziologie zusammenbringen. Nur durch ein breit angelegtes Monitoring von Interaktionsdynamiken und Resonanzmustern in digitalen Räumen lassen sich Trends der Polarisierung rechtzeitig erkennen und regulative Ansatzpunkte ausmachen.

Es bedarf von staatlicher Seite aus ein entschiedenes Entgegenstellen und eine konsequente Strafverfolgung antisemitischer Äußerungen und Verhaltensweisen.

Deutlich mehr interdisziplinäre wissenschaftliche Projekte fördern und thematische Medienpreise ausloben

Da es sich bei QAnon um eine neue digitalisierte Bewegung handelt, empfehlen sich intensiven Beobachtungen, die Dokumentation ihrer Aktivitäten in Messenger-Diensten, die Bereitstellung von Fördermitteln für wissenschaftliche Projekte und entsprechende Preise für investigative journalistische Projekte.

Die Prävention stärken

In Verschwörungsmentalität und Antisemitismus steckt Wahn! In Anlehnung an die sozialpsychologische Autoritarismusforschung müssen daher die psychologischen Bedürfnisse sowie die unbewussten Impulse und Motive von Personen, die zu Verschwörungsmentalität und Antisemitismus neigen, stärker in der Prävention und Bekämpfung berücksichtigt werden.

Für die Prävention bedeutet dies, dass insbesondere deutlich mehr Ressourcen im Kinder- und Jugendbereich investiert werden müssen, beispielsweise im Empathietraining in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, aber auch in psychosozialen Beratungen dysfunktionaler Familien und Menschen in Lebenskrisen. Verschwörungsmentalität und Antisemitismus dürfen nicht verharmlost werden!

Außerdem muss die Bevölkerung systematisch befähigt werden, mit den Informationsangeboten des Internets kompetent umzugehen sowie Manipulation und Radikalisierung zu erkennen und zurückzuweisen. Es braucht sicherere Alternativangebote zu den Verlockungen der haltgebenden, einfachen Erklärungen und strukturierenden Weltbilder der Verschwörungs-ideologien.

Die QAnon-Bewegung als eine neue Form des Extremismus in der politischen Bildung intensiver thematisieren

Die antidemokratische und antisemitische Grundausrichtung von QAnon sollte als Beispiel für eine neue Form des Extremismus in Schulen, Erwachsenenbildung und politischer Bildung thematisiert werden.

Mehr Mentalitäts- und Ideengeschichte in den Geschichts- und Sozialkundeunterricht integrieren

Die erinnerungsgeschichtliche Verknappung auf den Zivilisationsbruch der Shoah und die Gräueltaten des NS-Regimes im Geschichtsunterricht lässt diese zu oft wie einen „Unfall“ der Menschheitsgeschichte erscheinen. Eine Beschäftigung mit der Mentalitäts- und Ideengeschichte des beginnenden 20. Jahrhunderts sensibilisiert für jene Denkmuster, aus denen der Zivilisationsbruch erwuchs. Die kritische Auseinandersetzung mit den „geistigen Brandstiftern“ und ihren Kontexten entzaubert deren heutige Anziehungskraft und trägt zur resilienten Gesellschaft bei. Auch die kommunikationspsychologische Wirkungsweise von Verschwörungserzählungen und Opfermythen müsste stärker noch als bisher thematisiert werden.

Das Bewusstsein für das antisemitische Erbe der Alternativmedizin schärfen

Wir dürfen nicht vergessen, dass viele alternative Heilmethoden eng mit Verschwörungsglauben und Antisemitismus verbunden sind. Deswegen müssen wir das Bewusstsein für das antisemitische Erbe der Alternativmedizin schärfen und sie wie alle anderen esoterischen Methoden mit Fakten im seriösen wissenschaftlichen Diskurs entlarven. Sie tragen das Vermächtnis der antisemitischen Impfkritik und ideologischen Vorbelastung einer Zeit, deren Aufarbeitung immens wichtig und offenbar doch noch so unvollständig ist.

Informations-, Orientierungs- und Beratungsangebote im staatlichen sowie im kirchlichen Bereich ausbauen und verstärken

Für die Öffentlichkeit sollten Informationen und Ratschläge für den Umgang mit QAnon-Anhängern und Verschwörungsgläubigen zur Verfügung gestellt werden. Es ist darauf hinzuwirken, das Beratungsangebot sowohl im digitalen als auch im analogen Raum entsprechend zu erweitern. Dies schließt Fortbildungs- wie Informationsangebote für professionelle Berater mit ein. Diese Tätigkeiten können nicht Privatpersonen überlassen werden.

Social-Media-Plattformen für die Inhalte auf ihren Seiten verantwortlich machen und politisch regulieren

Plattformbetreiber, die schädliche Inhalte an Hunderttausende bis Millionen von Menschen ausspielen können, müssen für die Inhalte auf ihren Seiten verantwortlich gemacht werden. Es ist unerlässlich, dass extremistische Gruppen und Inhalte von den großen Plattformen frühzeitig und permanent verbannt werden.

Eingriffe in das technische Design von Social Media könnten Polarisierungsdynamiken eindämmen. Regeln, die z. B. Mehrfachaccounts verhindern oder die Sichtbarkeit unseriöser Inhalte minimieren, wären relativ kleine Maßnahmen mit großem Effekt. Sie würden Propaganda und Aufschaukelung reduzieren.

Das Presserecht anpassen

Das Presserecht wird durch das postredaktionelle Prinzip von Social Media ad absurdum geführt. Intermediäre und Nutzer, die über jene Plattformen Massenkommunikation betreiben, müssen inhaltliche Verantwortung ebenso übernehmen wie herkömmliche Medien. Postfaktische Dynamiken sind die große Herausforderung der Demokratie.

Einen soliden Konservatismus anbieten

Das berühmte Diktum von Franz Josef Strauß, „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“, soll auf keinen Fall als Integrationsaufruf für antidemokratische, antimoderne und illiberale Stimmen missinterpretiert werden. Klare Kante gegen rechtsradikale, rechtsextremistische und antidemokratische Kräfte zu fordern, darf nicht nur Lippenbekenntnis sein. Gemeinwohlorientierte und menschendienliche Politikgestaltung für die Kommunen, für Deutschland und Europa braucht eine Politik – und damit eine Sprache – der Mitte, nicht der Ränder. Einem soliden Konservatismus gelingt der Gleichklang von Dirndl und Digitalisierung, von Fortschritt und Tradition, von Gottvertrauen und Weltoffenheit.

///